

Ministerium für Inneres und Bundesangelegenheiten
Postfach 71 25 | 24171 Kiel

Minister

An die
Vorsitzende
des Innen- und Rechtsausschusses
des Schleswig-Holsteinischen Landtages
Frau Barbara Ostmeier, MdL
Landeshaus

Schleswig-Holsteinischer Landtag
Umdruck 18/3808

24105 Kiel

16. Dezember 2014

Antrag der Piraten „Bericht des Innenministers über den Einsatz einer verdeckten Ermittlerin in der Roten Flora und dem FSK unter Mitwirkung der schleswig-holsteinischen Landespolizei“

Sehr geehrte Frau Ostmeier,

in der Sitzung des Innen- und Rechtsausschusses am 04. November 2014 wurde das Ministerium für Inneres und Bundesangelegenheiten gebeten schriftlich zu begründen, weswegen in dieser Sitzung ein Bericht zu oben genanntem Antrag der PIRATEN nicht möglich gewesen ist. Dieser Bitte komme ich gerne nach.

Lassen Sie mich bitte vorab noch einmal den zeitlichen Verlauf klarstellen:

Der sehr allgemein gehaltene Berichtsantrag zur Sitzung des Innen- und Rechtsausschusses am 03.12.2014 wurde am 02.12.2014 gegen 18.00 Uhr durch das Ausschussbüro übersandt. Bereits zu diesem Zeitpunkt stand fest, dass ich persönlich aus terminlichen Gründen nicht teilnehmen konnte.

Da bereits am nächsten Morgen eine Bewertung meines Ministeriums zum Antrag der Piraten erwartet wurde, konnte am Abend bzw. unmittelbar nach Dienstbeginn nur eine kursorische Prüfung des Antrages unter Auswertung der im Ministerium vorhandenen Informationen stattfinden. Dabei stellte sich die Klärung des Sachverhaltes als äußerst schwierig dar, da der Antrag der Piraten ohne Benennung von Hintergründen erfolgte und diesen nicht begründete. Die weitergehende Recherche führte zu dem Ergebnis, dass aufgrund Zeitablaufs zu diesem Themenkomplex keine Akten mehr im Zuständigkeitsbereich des Ministeriums für Inneres und Bundesangelegenheiten vorhanden sind. Diese Tatsache erschwerte die Recherche unter dem geschilderten Zeitdruck.

Insofern halte ich auch an der dem Ausschussbüro übermittelten Antwort zu dem von der Polizei Hamburg geführten Einsatz fest. Die Mitarbeiter meines Ministeriums mussten zu diesem Zeitpunkt davon ausgehen, dass der Einsatz der verdeckten Ermittlerin in der Roten Flora und dem Radiosender „Freies Sender Kombinat“ in der Zuständigkeit Hamburgs erfolgte und die schleswig-holsteinische Landespolizei allenfalls in Amtshilfe tätig gewor-

den ist. Zu einem solchen Einsatz darf das schleswig-holsteinische Ministerium für Inneres und Bundesangelegenheiten keinen Bericht erstatten.

Schleswig-holsteinische Verfahrensbezüge konnten erst durch eine vertiefte Recherche insbesondere im Dokumentations- und Informationssystem des Deutschen Bundestages herausgearbeitet werden. Die Kleine Anfrage von Abgeordneten der Fraktion DIE LINKE im Deutschen Bundestag „Einsatz einer verdeckten Ermittlerin im Auftrag von Bundesbehörden in Hamburg“ (Bundestagsdrucksache 18/3389, 27. Nov. 2014) und die von der Partei DIE LINKE in der Hamburger Bürgerschaft ins Netz gestellten Antworten des Bundesinnenministeriums vom 02. Dez. 2014 an zwei Abgeordnete des Deutschen Bundestages (<http://www.die-linke-hamburg.de/presse/detail/artikel/verdeckte-ermittlerin-den-eingriff-in-die-pressefreiheit-verantwortet-der-senat-rote-flora.html>) sowie die Antwort des Hamburger Senats auf die schriftliche Kleine Anfrage einer Abgeordneten der Fraktion DIE LINKE (Hamburger Bürgerschaft Drucksache 20/13573, 18. Nov. 2014) war mangels Beteiligung hier bis zu diesem Zeitpunkt unbekannt.

Ich gehe davon aus, dass den Piraten diese Hintergründe bei Antragsstellung bereits vorlagen. Im Sinne einer sachdienlichen Zusammenarbeit hätte ich erwartet, dass bestehende Hintergrundinformationen bereits bei Antragsstellung mit übersandt werden, da der Antrag erst wenige Stunden vor Beginn der Ausschusssitzung übermittelt wurde. Bei dieser Ausgangslage konnte mein Ministerium zu keiner anderen Bewertung des Berichtsantrages gelangen.

Ich bitte um Verständnis, dass ich zum Ob und Wie der Mitwirkung der Landespolizei Schleswig-Holstein an einem Einsatz einer verdeckten Ermittlerin in der Roten Flora und dem FSK an dieser Stelle keine Stellung nehmen werde. Derzeit wird in meinem Ministerium die Antwort der Landesregierung auf die Kleine Anfrage des Herrn Abgeordneten Wolfgang Dudda (PIRATEN) „Verdeckte Ermittlerin“ (Landtagsdrucksache 18/2551) erarbeitet.

Mit freundlichem Gruß

gez.
Stefan Studt